

# Rebraer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Rebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Rebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Rebra — Bankverein Atern.

Nr 4

Donnerstag, den 8. Januar 1931.

44. Jahrgang

## Arbeit statt Stempelgeld.

Dietsch über die nächsten Aufgaben.

Stuttgart, 7. Januar.

Auf der Landesversammlung der wirtschaftsbürgerlichen Demokraten sprach Reichsfinanzminister Dietsch über die Wirtschaftskrise, das Arbeitslosenproblem und die Reparationsfrage. Der Pressabbaubau, der heute oft von einem Teil der Bevölkerung fälschlich gemacht werde, bringe einen gewissen Ausgleich für den Gehaltsabbau. Die größte Sorge sei die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die zuerst noch verdrängt werde durch die Auseinanderlegungen im Kohlenrevier, die die Regierung aber zu bewältigen hoffe. Auf 2,2 Milliarden RM. würden die Ausgaben für die Arbeitslosen ohne die Wohlfahrtsunterstützungen geschätzt, 1,7 Milliarden RM. betrügen die Tributlasten, über 2 Milliarden RM. die inneren Kriegskosten Deutschlands.

Die Frage sei nun: können wir unser heutiges Wirtschaftssystem in dieser Form erhalten? Der Redner bejahte diese Frage: Er lehne den Sozialismus grundsätzlich ab, sei aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des produktivsten Systems nur möglich sei, wenn die Mängel, an denen es leide, ausgemerzt werden könnten.

Ein System, das nicht infandne wäre, mit der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, wäre dem Untergang verfallen.

Man dürfe sich daher keinem Zweifel darüber hingeben, daß es die Lebensfrage sei, nicht durch Verhinderung die Arbeitslosen zu unterkriegen, sondern sie zu beschäftigen.

Für den Augenblick sei zu prüfen ob es einen Weg gebe, die Wirtschaft anzukurbeln. Der Redner meinte, daß wir für Millionen von Arbeitslosen über 2 Milliarden RM. ausgeben (mit dem, was die Gemeinden zahlen, seien es nahezu 3 Milliarden), ohne einen Gegenwert zu bekommen, sei es ungeheuerlich, daß trotz aller Bedenken das Betreten neuer Wege gemagt werden dürfe.

Wenn wir zuerst in einem Monat ein Dutzendmilliarde brauchen für die Arbeitslosen, so könnte es vielleicht nicht alles vermessen sein, wenn man versucht, mit dieser Summe entweder die entscheidenden Rohproduktionen anzukurbeln, oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen.

Er lehne darin keine Subventionen, wenn man in diesen Bereichen das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und zur Vermehrung der Produktion verwende, indem man für jeden Arbeitslosen eine entsprechende Summe aussetzt. Der Minister erklärte, er wisse, daß über diese Dinge der größte Sturm losgehen werde. Aber wo 4 Millionen Menschen in Gefahr seien, in die Verwerfung getrieben zu werden, seien politische Maßnahmen alles. Wir brauchen die Dinge nicht für die Ewigkeit zu machen, wir könnten sie einmal für ein Viertel- oder ein halbes Jahr probieren.

Man werde hier einwenden, alle Hoffnungen seien vergebens, wenn die Reparationsfrage nicht gelöst werde.

Die Zahlung der Tributlasten bedeute allerdings nicht nur einen Kapitalentzug für die deutsche Wirtschaft in einer Menge, die geringen würde, die gesamte Wirtschaft Deutschlands anzukurbeln, sondern sie bedeute dadurch, daß wir das Kapital abgeben müßten, und durch den Verlust der Antriebsmöglichkeit eine steigende Menge Arbeitsloser, die wiederum die deutsche Volkswirtschaft belaste.

„Ja kann heute nicht sagen, welche Schritte die Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenkt. Aber wenn wir diese Angelegenheit anfassen müssen, weil die Beschäftigung sich so entzweit, daß ein anderer Weg der Erhaltung der deutschen Wirtschaft nicht mehr offen ist, werden wir sie auf dem Boden der bestehenden Verträge anpacken. Man wird uns nicht mehr vorwerfen können, daß wir unsere steuerliche Belastung nicht hoch genug geschraubt haben.“

Der Redner ging dann auf die politische Veranoherung ein. Er wies darauf hin, daß ein Abgeordneter zugegeben habe, daß er sein Ehrenwort gebrochen und erklärt habe, er werde das in Zukunft unter Umständen aus politischen Gründen wieder tun. Er wies darauf, daß die Nationalsozialisten im Reichstag die Dummheit, die nicht alle werden, mit unerfüllbaren Anträgen betreiben.

Diesem, die heute an der Spitze des Reiches stehen, glauben an die Lebensfrage und die Zukunft des deutschen Volkes. Wir haben nicht die Pflicht, das Steuer des Staates aus der Hand zu geben. Wir wissen, daß es schwer ist, die Wege zu gehen und zu gehen, die ins Freie führen. Aber wir sind entschlossen, uns durch den ungewissen Versuch im deutschen Volk und manches gerade unverständliche Gebaren den Blick für das praktisch Mögliche nicht trüben zu lassen und den Kampf ebenso sehr mit Ruhe wie mit Energie zu führen in dem Bewußtsein, daß die Gegenwart die geleistete Arbeit nicht anerkennt, daß es aber darauf ankommt, wie sie in der Zukunft sich auswirkt.

## Der Kanzler in der Grenzmark.

Die Verhandlungen in Königsberg

Königsberg, 7. Januar

Der Reichskanzler und die ihn auf der Ostreise begleitenden Herren begaben sich nach ihrer Ankunft in Rummelsburg nach dem Landratsamt, wo sie von Landrat

Preyer begrüßt wurden. Am Anfangs hieran gaben Landrat Preyer und Rummelsburger Reichs-Ratgeber eine ausführliche Darstellung der Notlage des Kreises Rummelsburg.

Reichsminister Treitschke betonte in seiner Antwort, daß die Reichsregierung durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Sommers und Herbstes an der Durchführung der Kreditation, für die sich die damals auf den ausländischen Märkten Möglichkeiten geboten hätten, verhindert worden sei. Aber auch jetzt sei man bemüht, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Man sei aber entschlossen, in der Frage der Senkung der Zinsen und Zinsen den Weg weiterzugehen, den man bereits beschritten habe. So würden die Zinsen für die Umwandlungsschulden, mit denen die Personalrechte abgeklärt werden, von 11 bis 14 Prozent auf 5 Prozent gesenkt.

Reichsminister Dr. Brüning unterrichtete die Ausführungen des Reichsministers Treitschke und betonte gleichfalls, daß durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Jahres die Wirkung der Dillische verjagert worden sei.

Besonders gefährlich in der derzeitigen Zeit der Not sei eine Panikmischung, die unversichert den Staatsfortschritt und damit wiederum gerade die für den Osten beabsichtigte Hilfe gefährden müßte.

### Die Aussprache in Schneidemühl.

Bald darauf erfolgte die Weiterfahrt nach Schneidemühl. Oberpräsident Dr. h. c. v. Bülow war dem Reichskanzler bereits am Vormittag entgegengefahren. Auf dem Bahnhof Schneidemühl hatte sich zur Begrüßung der Vizepräsident des Oberpräsidentiums Gante eingefunden.

Im Oberpräsidentium fand eine eingehende Aussprache mit den Spitzen der Behörden statt. Landeshauptmann Dr. Capary verlas auf die besonderen Eigenschaften der Grenzmark.

Die einzelnen Wünsche und Forderungen der Grenzmark trugen dann vor: Landwirtschaftsministerpräsident Weber, der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Pollert, Handelsministerpräsident Schulz, Ministerialrat Frankenburg, der Präsident des Landesarztsamtes Brandenburg, Richter, Gemeindefreireiter Trautwig, Landrat Wilsch, Oberbürgermeister Schröder und Reichsanstaltsleiter Wegge.

Reichskanzler Brüning wies in seiner Antwort auf die Schwierigkeiten der Regierung hin und fuhr dann fort: Die Unterhaltungen, die wir heute morgen hatten, haben uns gezeigt, daß trotz guten Willens auf allen Seiten es gerade für die östliche Landwirtschaft, aber auch für das östliche Gewerbe eine Reihe von Fehlerquellen gibt, die unbedingt beseitigt werden müssen.

Eines ist entscheidend auch für den Osten: Das ist der Mut zur Selbsthilfe. Ich habe die Pflicht, dieses Wort auszusprechen, und ich sehe diese Selbsthilfe nicht nur in einer Verbindung gemeinschaftlicher Arbeit, in einer Veranlassung dieser dann zusammenhängender Dinge, in einer Vermeidung von Fehlschritten, die wir in vielen Gruppen kennenlernen, sondern in etwas anderem: Die einmündliche Selbsthilfe ist die politische Selbsthilfe. Was es heißt, wenn im Osten heute starke agitatorische Worte bei jeder Gelegenheit gebraucht werden und der Osten nicht die Kraft hat, im Reichstage es durchzusetzen, daß seine Abgeordneten die Mittel, die nötig sind zur Rettung des deutschen Volkes, ausbringen.

Mit Dankesworten für das treue Zuhören und dem Gelöbniß, die Grenzlande allezeit zu stützen, schloß der Kanzler.

### Der Kanzler empfängt die Vertreter Ost-Brandenburgs.

Wie berichtet wird, hat sich Reichskanzler Dr. Brüning bereitwillig, entsprechend dem vom Oberpräsidentium im Benehmen mit der Provinzialverwaltung gemachten Vorschlage, nach seiner Rückkehr in Berlin die Vertreter der ostbrandenburgischen Kreise, Städte und Wirtschaftsvverbände unter Führung des Oberpräsidenten zu empfangen.

### In Königsberg.

Oberpräsident Dr. Siehr begrüßte den Reichskanzler, den Reichsminister Treitschke, Staatssekretär Dr. Krüger, Direktor Dr. Lauffer, Generaldirektor Dormpriel, und Ministerialdirektor Jarboe und drückte seine Freude darüber aus, daß Reichskanzler Dr. Brüning einen Teil der Reihe von Allen sein ausmüde. Er dankte den Herren dafür, daß sie sich Ostpreußen gefunden seien, und legte in einer etwa einfündigen Rede die Not der Provinz Ostpreußen dar.

### Klagen über die Landesnot.

Im Anschluß an die Ausführungen des Oberpräsidenten Dr. Siehr wies der Direktor des Landesfinanzamts Königsberg, Weidemann, darauf hin, daß die Wirtschaftsschwierigkeiten Ostpreußens auf den Mangel an Rohstoffen für die Industrie und den unangünstigen Kriegsausgang zurückzuführen seien. Als Vorsitzender des Provinziallandtages wies Gergel von den 20 Kreismärkten darauf hin, daß man von Polen einmündig gegen Danzig, Brommellen und den Reggebitz zu erwarten habe, der Ostpreußen ganz besonders treffen müßte. Landeshauptmann Dr. Blum erklärte, die gegenwärtige Lage in Ostpreußen sei durch eine immer schneller fortschreitende Abnahme der

Wirtschaftskraft und eine entsprechende Abwanderung der Bevölkerung nach dem Reich gekennzeichnet. Oberbürgermeister Dr. Uhmeyer schilderte die Entwicklung Königsbergs und wies insbesondere auf die Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot hin. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Brandes, führte drei Punkte als besonders wesentlich an: 1. Die Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft und Hebung der Produktion der bäuerlichen Veredelungswirtschaft; 2. die Konzentrierung der Hilfsmittel auf eine generelle Zähen- und Zinsentung; und 3. die Heranziehung der Selbstverwaltungen zur Stille und zur Behebung der Wirtschaftskrise. Des weitern brachten ihre Wünsche vor der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dr. Eifen, ferner der Handwerkskammerpräsident Groß, der in der Beschaffung von Arbeit für das ostpreussische Handwerk die beste Hilfe für den Osten sieht.

Zum Schluß erklärte Reichsminister Treitschke, der eine Zweidrittel Mehrheit für die Vorbereitung eines Hilfsvertrages, das für Jahre hinaus festgelegt werden soll. Sodann erklärte

### Reichskanzler Brüning

man möge nicht glauben, daß die Reichsregierung durch diese Zeit über den Zustand in den Ostgebieten unterrichtet werde. Das sei in vollem Maße schon seit Monaten, ja Jahren erfolgt. Wir wissen, daß eine gewisse Herosität im Volke von Verlautbarungen jenseits der Grenze in den vergangenen Monaten in Ostpreußen eingetreten ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Grund für eine solche Herosität nicht vorhanden ist, wenn wir gemeinsam — Reichs- und Staatsregierung — alle Kräfte bündeln lassen, um zunächst einmal wirtschaftlich die eternne Wunde im Osten zu schließen. Das andere kommt und muß kommen.

Das gibt nur eine Gerechtigkeit.

Den Wohlwollenden und Einsichtigen ist absolut klar, was ich damit gemeint habe. Wir haben manchmal den Eindruck, aus Stimmungen aus dem Lande, das sich — dem Begriff der starken Taten gewisse experimentelle Entschlüsse legen oder der Wunsch nach ihnen, zunächst einmal alles zu zerlegen, um eine tabula rasa zu schaffen und dann alles von neuem wieder aufzubauen. Meine Herren, gegen diese Stimmung muß ich mich mit aller Schärfe wenden. Es gibt nur eines für uns, klar zu sehen, was die Situationen zu sein und uns auf die Lebensmöglichkeiten zurückzuführen, die uns zurzeit gegeben sind und mit dem Vorhandenen hauszuhalten. Sie haben uns Worte der Kritik ausgesprochen. Sie haben Forderungen aufgestellt.

Ich begrüße das. Wir können Kritik sehr wohl vertragen. Aber um eines bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß die Provinz Ostpreußen ihren ganzen Einfluß, ihre ganze politische Kraft frei vom Extremem und Unberechenlichen hält. Ich verwehle auf die Person des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, der diese Reihe mit warmem Herzen verfolgt. Er ist uns ein Muster von Pflichterfüllung auch in der schwersten Zeit und wenn es ihm an weitausgedacht wird. Sie können überzeugt sein, daß Ostpreußen niemals vom Reiche aufgegeben wird.

Oberpräsident Siehr sprach sodann die Erwartung aus, daß es ihm gelingen würde, die Einheit zwischen den verschiedenen Volksteilen in Ostpreußen herbeizuführen zum Wohle der Provinz.

## Deutschland und seine Gläubiger.

Stockholm, 6. Januar.

Unter der Ueberschrift „Deutschland läßt seine Gläubiger nicht im Stich“ — verliert den Mut nicht“ bringt „Svenska Dagbladet“ eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Luthar. Dr. Luthar erklärte dem Blatt folgende u. a.: „Wenn man noch irgendwo an der Stabilität der deutschen Reichsmark gewweifelt habe, so muß die Kritik, die Deutschland jetzt überhand tut, die Zweifel eines Besseren belehrt haben. Mit großem Nachdruck muß von deutscher Seite betont werden, daß zum Youngplan auch die Voraussetzungen gehören, die von den anderen erfüllt werden müssen. Deutschland kann keine Tributzahlungen nicht leisten, wenn es nicht ausreichend ausführen kann.“

Es ist weiter unvorstellbar, daß die internationale Zunahme der Kaufkraft des Goldes nicht auch auf die Quote der Reparationszahlungen rückwärts folle. Der leidende Gedanke des Dawesplanes war, Deutschland nicht über sein Zahlungsvermögen zu belasten. Dies muß natürlich auch für den Youngplan gelten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes beibehalten werden kann.“

Die veränderten Verhältnisse, die sich aus der Zunahme des Goldwertes ergeben, müssen dem Vordrängensfindenden neue Möglichkeiten öffnen. Je deutlicher Deutschland seine Unterdrückung unter dem Youngplan als bindend anerkennt, um so größerer Kraft kann das Land von der übrigen Welt erwarten. Man muß fordern, daß sie ihre Schuldtitel tun. Man muß damit rechnen, daß ein zunehmendes Verfallnis für die wirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung die Anwendung solcher Punkte herbeiführt, die unmöglich beibehalten werden können.“

### Niedriger hängen!

Daris, 6. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Journal“ teilt seine sogenannten „Entfüllungen“ über die „geheimen Vorbereitungen“ Deutschlands fort.

Er berichtet sehr von rüstlichen Arbeiten an der deutsch-polnischen Grenze. Im Gebiet der maritimen Seen habe man dort ansehnlichen Bauern überhöht hohe Summen für ihre Grundstücke bezahlt, auf denen man sodann ganze Scharen von sogenannten Landarbeitern angestellt habe. Besonders in der Gegend von Friedland, Neuhengung und Stammberg würden seit Monaten rüstliche Arbeiten ausgeführt. Zwei Meter breite Stacheldrähterbaue umgeben die Grundstücke im Umkreise von mehreren Kilometer, und überall verstreute Wächter achteten darauf, daß kein Unbereufter sich der Gegend nähere.

Auf den Grenzbahnhöfen am Korridor habe man seit Monaten eine merkwürdige Zunahme des Verkehrs bemerken können. Ganze Wägenzüge mit Zementblöcken und sonstigem Baumaterial würden nach Westpreußen geschickt, und es bestände daher kaum ein Zweifel, daß man dort umfangreiche Befestigungsarbeiten vornehme.

Dem geheimen Beobachter, dessen Rolle der Berichtsersteller das „Journal“ spielen möchte, ist es natürlich nicht möglich gewesen, sich mit eigenen Augen diese „rüstlichen Befestigungsarbeiten“ anzusehen, weil man angeblich niemand hereinläßt. Seine außerordentliche Eindringlichkeit läßt ihn aber dennoch Gerede für Gruppen für Beobachter halten, in denen Maschinengewehre und Kanonen verborgen sein sollen. Daß man die Getreidefelder sorgfältig bewacht, zumal sie unweit der polnischen Grenze liegen, ist jedem Menschen verständlich, scheint aber dem Berichtsersteller des „Journal“ um so weniger einleuchtend zu wolle, als er ja pflichtgemäß über „Deutschlands geheime Rüstungen“ berichtet muß.

## Friedensstimmung in Rußland.

Molotow über die Außenpolitik.

Moskau, 6. Januar.

Auf der Tagung des Zentralerziehungsministeriums der Sowjetunion, die zu einer großen politischen Rundung über den Weltzustand, hat der neue Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow ein Referat über den Wirtschaftsplan für 1931 gehalten, das er zugleich zu einem Heberstück über die geopolitische Lage Sowjetrußlands ausgearbeitet hat.

Neben dem wirtschaftspolitischen Ausblicken, in deren Mittelpunkt die beschriebene Durchführung des Fünfjahresplans in einer Zeitspanne von vier Jahren stand, das Jahr 1931 ist davon das dritte — behandelte Molotow die Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen Staaten, zunächst ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die durch die Verwirklichung des Fünfjahresplans erleichtert werde, dann aber auch nach der politischen Seite hin. Hier ist bemerkenswert die besonders starke Betonung des Friedenswunsches Sowjetrußlands, die bisher bei keiner offiziellen Verlautbarung so eindeutig betont wurde.

## Neue Danziger Regierung.

Einigung über die sechs besetzten Senatoren.

Danzig, 6. Januar.

Die Verhandlungen über die Bildung der neuen Danziger Regierung haben nunmehr zu einer Einigung über die sechs besetzten Senatoren geführt. Der neue Senat wird bekanntlich nur aus 12 Senatoren bestehen (früher 22), sechs besetzten und sechs unbesetzten Senatoren.

Für die Vertreter der besetzten Senatoren werden von den Nationalparteien (Deutschnationale, Zentrum und Block der nationalen Mitte) folgende Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht werden: Präsident des Senats, der zugleich die auswärtigen Angelegenheiten und das Landwirtschaftsreferat übernimmt: Dr. Ernst Böhm (Dn.); Stellvertreter Präsident des Senats: Dr. Wilhelm Wiercinski-Reiter (Ztr.); Senator des Innern: Landrat Hinz (Dn.); Senator für öffentliche Arbeiten: Dr. Hugo Althoff (Ztr.); Senator für das Finanzwesen: Dr. Julius Hoppenrath (D. Volksgem.); Senator für Handel und Verkehr: Dr. Kurt Klawier (Wirtschaftsp.). Von den unbesetzten Senatoren dürfen noch je zwei auf die Deutschnationalen und das Zentrum entfallen. Man nimmt an, daß die Einigung über die unbesetzten Senatsmitglieder bald zustande kommen wird. Dr. Böhm und die sozialdemokratischen hauptamtlichen Senatoren selber sind dem Senat aus. Die Wahl des neuen Senats wird voraussichtlich Ende dieser Woche, spätestens aber bis Mitte Januar erfolgen.

## Aufgaben der Außenpolitik.

Auslassungen des Reichsaußenministers Dr. Curtius.

Pforzheim, 6. Januar.

Im Verlauf einer völksparteiischen Versammlung erklärte Reichsaußenminister Dr. Curtius, er sei nach Baden gekommen, um für den schweren Gang nach Genf sich das Vertrauen seiner nächsten Parteifreunde zu sichern, nachdem es ihm gelungen sei, in Gesprächen und Übersetzungen gleichfalls Vertrauen zu erwerben.

„Ich kann Ihnen nicht versprechen“, sagte Dr. Curtius, „daß wir in Genf in den entscheidenden Fragen unseres Vaterlandes große außenpolitische Erfolge werden erzielen können, ich kann Ihnen aber wohl versprechen, daß ich meine ganze Persönlichkeit für Deutschland und für Deutschlands Ehre einsetzen werde. Ich hoffe, den Widerhall der ganzen Nation dafür zu finden, was ich in Genf zu erklären habe. Im gegenwärtigen Augenblick stehen die Fragen des nationalen Staates und der nationalen Idee im Vordergrund anderer gesamt innerspaltigen Geschehens.“

Das tragische an der Lage des Außenministers ist, daß er genötigt ist, fortwährend seine ganze Kraft daranzusetzen, die nationalen Leidenschaften zurückzudämmen und sie in ein klärendes der Vernunft zu leiten, und daß manchmal auch die eigenen Parteifreunde nicht verstehen, warum der Außenminister so und nicht anders gehandelt hat.

Niemand könne den Tag heiliger herbei als er, an dem es möglich sein werde, die entscheidenden Schritte für die wirkliche Befreiung des Vaterlandes zu tun. Niemand könne einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise jagen und entscheidende außenpolitische Erfolge in Aussicht stellen.

## Aus dem In- und Auslande.

Gottesdienst aus Anlaß der Reichsgründung.

Berlin, 7. Januar. Aus Anlaß der Reichsgründung wird am Sonntag, den 18. 1. 1931, vormittags 10 Uhr, unter Mitwirkung des Staats- und Domorgans im Berliner Dom ein öffentlicher Gottesdienst stattfinden, bei dem der Geistliche, Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Oberdompropägen Burghart, amtierender Mitglied des Parlaments werden an dem Gottes-

dienst teilnehmen. Mit Rücksicht auf die Feier der Reichsgründung im Reichstagsgebäude wird der Gottesdienst pünktlich um 11 Uhr schließen.

## Tagung des preussischen Staatsrates.

Berlin, 7. Januar. Der preussische Staatsrat wird am Dienstag, den 18. Januar, zu einem weiteren Sitzungsdienstag zusammentreten. Es liegen als besondere Beratungsgegenstände vor die Entwürfe eines Polizeiverwaltungsgesetzes und des Gesetzes zur Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze sowie der Ministerialerlässe über die Neuordnung des juristischen Studiums. Der Verfassungsausschuß wird einige Tage vor dem Zutritt des Staatsrates die Vorarbeiten vorbereiten. Am Ausschluß ist auch eine allgemeine Besprechung über die Streitfälle mit dem Staatsministerium hinsichtlich der Vorlegung von Rechtsverordnungen vorgesehen.

## Eine französische Schluppe in Marokko.

Paris, 7. Januar. Aus hier vorliegenden Meldungen aus Casablanca geht hervor, daß im Süden von Marokko am Sonnabend französische Truppen, die sich auf einem Erkundungszug befanden, von marokkanischen Aufständischen überfallen wurden und eine schwere Niederlage erlitten haben. Die Franzosen mußten sich zurückziehen und hatten an Toten einen Hauptmann, einen Leutnant und elf Mann zu beklagen. Außerdem wurden ein Leutnant und sechs Mann verwundet. Ein Offizier wird vermißt.

## 13 Genfer Tagungen im Januar

Genf, 7. Januar. Im Laufe des Januar finden im Völkerbund 13 verschiedene Tagungen statt, darunter am 19. Januar die zweite Tagung des Europäischen Ausschusses, am 19. Januar die ordentliche Tagung des Völkerbundes. Ferner tagen im Januar der Zentral-Opium-Ausschuß, der Zentralausschuß des Internationalen Erziehungs-Institutes in Rom, der Ausschuß der Landwirtschaftlichen Sachverständigen, der Godel-Ausschuß des Völkerbundes sowie der Zentralausschuß des Institutes für selbstige Zusammenarbeit.

## Die amerikanischen Marinetruppen in Nicaragua.

Newport, 7. Januar. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der amerikanische Senat eine Entschließung angenommen, in der Staatssekretär Stimson aufgefordert wird, dem Senat alle Schriftstücke und Denkschriften über die amerikanischen Marinetruppen in Nicaragua einzureichen, um die Frage zu prüfen, ob die Besatzung weiter aufrechterhalten werden soll.

## Kleine politische Meldungen.

Reichsminister von Güterab handelt. Reichsminister von Güterab hat einen bis zum 18. Januar dauernden Urlaub angetreten.

Benizelos nach Rom abgereist. Der griechische Ministerpräsident Benizelos hat Wien verlassen und ist nach Rom abgereist.

Drohbriefe an Owen Young. Owen Young, der in den letzten Tagen mehrere Drohbriefe erhalten hat, wird auf Anordnung der Polizeibehörden von besonderen Detektiven bewacht, um ihn gegen etwaige Anschläge zu sichern.

## Aus der Umgegend

Nebra, 8. Januar.

Der Winter klopft an! Ganz'n die Tage an zu langen — kommt der Winter angegangen. Das trifft auch diesmal zu. Seit heute morgen scheint es, zwar nicht anhaltend und auch nicht tief, aber es hat den Anschein, als wolle der Winter sich ansäßig machen. Zunächst ist er wohl jedermann willkommen, namentlich der Jugend, und ob er sich lange der Gunst des Publikums erfreuen darf, kommt ganz darauf an, wie er sein Regiment führen wird. Nun hoffentlich nicht allzu streng.

Abonnements-Konzert. Unser Stadtdirektor veranstaltet am kommenden Sonntag im Saale des „Schönen Hauses“ wiederum ein Abonnements-Konzert. Da die guten Leistungen unseres Stadtdirektors je genaugam bekannt sind, würde es sich für Herrn Musikdirektor Stein sehr zu begrüßen sein, wenn unsere Einwohnerschaft ihre Sympathie durch zahlreichen Besuch wieder einmal bezeugen würde, umso mehr, da dem Konzert ein sicher gemittelt Tanztänzen sich anschließt. Außerdem verweist wir noch für Sonntag auf die Voranzeige unserer Stadt-Stadtschiffe: „Der blaue Engel“. Da es sich auch hier wieder um einen Eitelstilm handelt, verläumt man nicht, sich „Engel“-Einstimmung durch Ironischnahme belegen zulassen zu sollen.

Chormeißlertagung des Instruktionsganges. Am vergangenen Sonntag veranfaßte sich in Nohleben die Chormeißler des Instruktions-, um praktische Fragen des Männergesangs zu besprechen. Der Vorsitzende des Ganges, Lehrer Albrecht-Nohleben, begrüßte die Teilnehmer. Die Leitung der Tagung lag in den Händen des Chordirektors Lehrer Streben-Nohleben. Im Mittelpunkt der Veranstaltung lag ein Referat über die praktische Verwendung der Schallplatte im Dienste des Männergesangs, das durch zahlreiche Beispiele auf Schallplatten interessant unterrichtet wurde. Kantor Schalkmann-Nebra, der zweite Vorsitzende des Ganges, berichtete über seine Teilnahme an Chormeißlertagen des Verbandes in Halle. Um ein gemeinsames Vedequut bei Zusammenkünften der Sänger des Ganges zu haben, wurden Vorschläge für die einzelnen Vereine festgelegt. Dann wurden praktische Fragen des Dirigierens besprochen. Zum Schluß folgte ein Vortrag über die Bühnen des Männergesangswesens, über die Zerstörer-Wedertafel.

Einbruch in Wendefinne. In der Nacht vom 2. zum 3. Januar verdriffen sich Diebe gewaltsam einen Zugang in die inneren Räume der Wendefinischer Mühle und entwendeten von den darin untergebrachten Körnerfrüchten etwa 5 Zentner Getreide. Das gestohlene Gut wurde durch Verkauf bald zu Geld gemacht und dieses verübten die inzwischen von untern Polizeiorganen als Täter ermittelten zwei jungen Weibchen Hermann Schaffe aus Wendefinne, Erich Rauf aus Ralswiek, folglich in Erfurt, Artern und Ralswiek. Einer von ihnen, Schaffe, wurde in Querfurt im Schnellgerichtsverfahren mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Vom Ständesamt Nohleben. Im Jahre 1930 wurden beim hiesigen Ständesamt, zu dem die beiden Orte Nohleben und Wendefinne gehören, registriert: Geburten: 51, (1929: 73); davon 47 in Nohleben, 4 in Wendefinne (29 männlich, 22 weiblich Geschlechts); Todesfälle: 29, davon 25 von Nohleben, 4 von Wendefinne (1929: 19 männlich, 9 weiblich, 1 Geburten).

Wie hoch die Schwankungen in der Zahl der Geburten ist, kommt am besten in einer Aufstellung, welche die Zeit von 1875 bis 1929 umschließt, zum Ausdruck. Obwohl die Ein-

wohnerschaft von Nohleben stetig, wenn auch nicht erheblich, zugenommen hat, waren früher die Geburtenzahlen mehr als doppelt so hoch wie jetzt. Es wurden geboren in den Jahren:

1875	— 110	1894	— 101	1913	— 111
1876	— 88	1895	— 85	1914	— 88
1877	— 105	1896	— 94	1915	— 66
1878	— 87	1897	— 81	1916	— 50
1879	— 97	1898	— 75	1917	— 51
1880	— 103	1899	— 99	1918	— 45
1881	— 102	1900	— 85	1919	— 66
1882	— 76	1901	— 69	1920	— 104
1883	— 99	1902	— 82	1921	— 110
1884	— 82	1903	— 86	1922	— 105
1885	— 117	1904	— 101	1923	— 82
1886	— 85	1905	— 97	1924	— 83
1887	— 109	1906	— 71	1925	— 64
1888	— 96	1907	— 108	1926	— 76
1889	— 106	1908	— 95	1927	— 63
1890	— 104	1909	— 90	1928	— 73
1891	— 101	1910	— 101	1929	— 73
1892	— 102	1911	— 98	—	—
1893	— 101	1912	— 99	—	—

Die Zuckerfabrik Nohleben verarbeitete in ihrer am 1. Oktober begonnenen und am 16. Dezember beendeten Kampagne 1315000 Zentner Rüben. Es hat die Fabrik damit zum erstenmale die Millionengrenze ihrer verarbeiteten Rüben nicht erreicht, sondern nur weit überschritten.

## Erneute Sitzung des Deutschen Reiches durch einen russischen Telegraphenfabrikanten.

Nachdem durch die Verhandlung mit der Telegraphenverwaltung der Sowjetunion die Übertragung des Deutschen Reiches durch den russischen Telegraphenfabrikanten RAX Anfang Dezember vorübergehend verstopfen worden, sind sie seit einiger Zeit durch die Übernahmestellung des Reichspostamts (Telegraphentelegraphisches Reichsamt) erneut festgestellt worden. Daß diese Störungen tatsächlich bestehen, beweisen auch zahlreiche Klagen von Rundfunkteilnehmern aus allen Teilen Deutschlands. Das Reichspostministerium ist daher erneut bei der Telegraphenverwaltung der Sowjetunion wegen dringender Abstellung der Störungen vorstellig geworden.

Nohleben [Offene Schaulude.] Beim Zutritt am Abend mit dem im Jugendheim abgehaltenen Vortrag für Musik und Gesang gestern abend im „Deutschen Haus“ angelegte offene Singstunde hat seitens der Einwohner unseres Ortes nicht die Beachtung gefunden, die ihr gebührt, und die zu erwarten war. Der Saal hätte noch viele Besucher gehabt und gewiß wird heute mancher bedauern, daß er nicht hingegangen ist, wenn er die Schilderung über den Verlauf durch die Teilnehmer gehört hat. Schon die Anordnung der Stühle deutete die Besucher darauf hin, daß es für unsere Ort etwas ganz Neues sein wird, was der Abend bringen soll. Rund im Kreise waren die Stühle in mehreren Reihen aufgestellt, in der Mitte befand sich der Platz für die Musik und die Anführer. Kurz vor Beginn versicherte noch der Herr Regierungspräsident von Sarnack; in seiner Begleitung befanden sich Herr Landrat Dr. Wandersleb und Herr Regierungsrat Althaus. Die Einleitung bildete ein Violin-Konzert, von Kursteilnehmern unter Leitung des Herrn Dr. Pungershausen-Salle vorbildlich vorgetragen. Der Hauptlehrer Doll-Halle ergiff hierauf das Wort, um den Melodiern den Gedanken der offenen Singstunden klar zu machen. Viele Menschen, die in ihrer Jugend nicht gelungen, haben das Singen verlernt. Einerseits durch die Umstände, andererseits durch die Zeit, die sie nicht an die Stühle der Singstunden gehen konnten. Er ermahnte sie, sich nicht zu scheuen, wieder anzufangen. Und noch tief gerade der Gesang zu saufen, bei der Arbeit und auf Wanderungen ein Quell reiner Freude, eine Brücke über die Trübsal des Alltags. Dazu gehöre eine große Schulung, wie sie der Chor verlange und verlangen müsse, sondern nur der Mut, den Anfang zu machen, Lust und Liebe zur Sache stellt sich dann von ganz allein ein. Daß dies tatsächlich der Fall ist, bewies der Verlauf des Abends. In ganz kurzer Zeit lernten die Besucher mehrere Lieder singen — nicht vorgetragen. Das schone an diesen Veranstaltungen ist, daß es keine Trennung in Vortragende und Zuhörer gibt, sondern alles singt mit. Auf Stimmbildung, Atemtechnik usw. wird verzichtet, denn es wird ja nicht für ein Konzert, sondern für den täglichen Gebrauch geübt und nur die Freude am Liede soll zur Geltung kommen. Daß es auch mit ganz kurzen Erklärungen möglich ist, die wünschende Stimmung eines Liedes herauszuarbeiten, bewiesen die Beispiele. — Herr Regierungspräsident von Sarnack gab mit recht humorvollen Worten seiner Freude über die erlebte Stimmung Ausdruck. Vor dem Auseinandergehen hielt Herr Doll noch einen kurzen Rückblick auf die Singstunden und brachte zum Ausdruck, daß man die offene Singstunden nicht vergleichen dürfe mit der Singstunde des geschlossenen Chores, sie sei etwas ganz anderes und wolle etwas ganz anderes, nämlich: das Volk in seiner Gesamtheit dem Liede wieder zuführen, es soll nicht nur dem Gesang lauschen können, nein, es soll selbst singen — wenn auch lautlos, aber freudigen Herzens.

Artern. (75 Jahre Familienfest.) Die Waldbrüder und der Verlag des „Artern Anzeiger“ stifteten dem Jahre 1931 75 Jahre in dem Feste der Familie Hoffmann gedenken. Da der 1871 mit im Geschäft seiner Sohn ebenfalls Waldbrüder ist und nach dem Grundtag handeln wird. Was zu ererbte von seinen Vätern hat, ererbte es, um es zu besitzen, darf man wohl voraussetzen, daß die Familie Hoffmann im Dienste der schwarzen Kunst in Artern die „100“ erreichen wird. Das wird dann ein gewaltiger Band von „Hoffmanns Erzählungen“ geben. Zunächst unserer herzlichsten Glückwünsche zur „75“.

Halle. Die Streikbewegung in der Papierindustrie ist bis Dienstagmorgen ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. In Ammendorf, wo nicht gestreikt wird, machte sich bei der polizeilichen Räumung des Hauses an der Papierfabrik, wo sich etwa 400 Personen angemeinelt hatten, ein Führer der Streikbewegung des Widerstandes schuldig und mußte festgenommen werden. — In Erbstal ist am Dienstag ein großer acht Arbeiter, die am Montag gestreikt hatte, wieder an der Arbeitsstelle erschienen.

**Erfurt.** Die Reichsbahndirektion Erfurt ist vom 1. Januar ab durch Zuteilung von vier Strecken des Direktionsbezirks Dr es den im Osten erweitert worden. Es handelt sich dabei um die Strecken Ronneburg-Beerwalde, Gera-Ronneburg-Göbnitz-Werba, Mühlendorf-Weida-Mühlheuer, Gera-Greiz, allerdings ausschließlich der Die Beerwalde, Göbnitz, Werba, Mühlheuer und Greiz selbst, die beim Direktionsbezirk Dresden verbleiben. Es handelt sich bei diesen Strecken allerdings nur um die Regelleistung des Bahnbetriebs entsprechend der vorgelegenen Betriebsänderungen ab 1. Januar, denn die Schiffsche Regierung hat gerichtliche Entscheidung über die Maßnahmen der Reichsbahn beantragt. Die Reichsbahnverwaltung scheint allerdings auf eine Gerichtsentscheidung zu ihren Gunsten zu rechnen.

**Torgau.** Außerhalb der Stadt Torgau hauste seit Jahren in einer verfallenen Hütte der 70 Jahre alte ein Bauer und Kaminfegermeister Max Bager. Der Alte, der von Zeit zu Zeit von mildtätigen Leuten mit Nahrung versehen wurde, mußte in den letzten Tagen verpflegen worden sein; ein einmaler Spaziergänger, der an der Hütte vorbeiging, hörte aus ihr schwache Hilferufe und entdeckte den alten Mann in einem ganz verachtlichen Zustande. Er rief um Hilfe an, wurde aber abgewiesen. Vor dem dunklen Nachtschneewetter hatte sich der Sonderling durch ein über das Gesicht gelegtes Pergamentpapier geschützt; er war bald ertrunken. Der Alte hatte sich sein Gesicht selbst gemalt, er wollte nicht unter Menschen wohnen und zog daher den Wollschweif in der freien Natur vor.

**Stendal.** Der übliche Verdächtige. Zwei 17 Jahre alte Burschen, die sich mit einem Aufbruch verüben wollten, legten auf den neunzehnjährigen Fritz G. eine Welle an, in der Meinung, das Gewehr sei nicht geladen. Der Schuß traf den Knaben, der sofort bewußtlos zusammenbrach und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

## Nah und Fern.

**Berlin.** Selbstmord eines Staatsanwaltschaftsrates. R. Der 65jährige Staatsanwaltschaftsrat R. G. G. wurde in seiner Wohnung, Westendstraße 14, erlöschend aufgefunden. Nach ungenügender Selbstmord. Der Selbstmord wurde durch ein Schießverbrechen im Jahre 1910 und früher bei der Staatsanwaltschaft III tätig war, ist seit einiger Zeit an Schwermut und Nervenzerüttung.

**Berlin.** Mordanschuldiger. In der Prinzengasse ist ein Mann aufgefunden, der bei Familien vorprach, um Absonnen für eine angeblich bestehende städtische Krankenversicherung zu werden. Gegen Bezahlung von monatlich 2 RM bezahlte er freie ärztliche Behandlung in den Gemütskrankeilen des Herrn von Barck. Der durch Notordnung festgesetzte Gehälter für den Kranken seien. Da anzunehmen ist, daß der Schuldner aus anderen Umständen auftritt, wird darauf hingewiesen, daß eine ärztliche Versorgung auf dieser Grundlage nicht besteht und auch nicht geplant ist. Es wird gebeten, den Schuldner bei erneuerten Auftritten der Polizei zu übergeben.

**Berlin.** Zur Luftfahrt in der Hufelandstraße. Wie das Polizeipräsidium im Zusammenhang mit der Luftfahrt in der Hufelandstraße, die Polizei hat die Polizei nunmehr nach den mutmaßlichen Tätern oder sich verorgenen halten Eltern: 1. Kaufmann Rudolf (Rud.) Becker 24 Jahre alt, bisher am Friedrichshain 7 wohnhaft, 2. Maler Max Hainke, 24 Jahre alt, bisher Kallenbergstraße 21 wohnhaft, und 3. Maurerlehrling Hans Kollat, 19 Jahre alt, bisher Oberdorotheenstraße 8 wohnhaft.

**Berlin.** Werner von Siemens bei einem Aufbruch. Werner von Siemens, der in der Berliner Straße in Köpenick für die 45jährige Werner von Siemens, wohnhaft Pantow, Gärtnerstraße 25 bis 32, auf der Probezeit mit seinem Personentransportwagen mit einem Bierlieferwagen zusammen. Der Personentransportwagen wurde schwer beschädigt. Werner von Siemens trug leichte Schnittwunden über dem rechten Auge davon. Er wurde auf der zuständigen Polizeistation verbunden und konnte dann nach Hause entlassen werden.

**Stuttgart.** Elli Beinhorn in Basel. Die Fliegerin Elli Beinhorn, die in Wöhringen fliegt, mußte wegen heftigen Schneetreibens bei Befingen im Schwarzwald auf freiem Felde notlanden. Nach mehrtägigem Aufenthalt erfolgte der Weiterflug bis nach Basel, wo die Fliegerin die Nacht verbringt.

**Koblenz.** Die Hochwassergefahr am Rhein in Koblenz. Die Hochwassergefahr am Rhein in Koblenz wird mitgeteilt, daß der Oberrhein noch langsam steigt. Mit erheblichem Steigen des Wassers wird in Koblenz nicht mehr gerechnet. Der Pegel in Koblenz zeigte 5,53 Meter, und man hofft, daß bei Anhalten der eingetretenen Wetterbesserung ein Stand von 5,60 Metern nicht überschritten wird. Die Eröffnung des Hochwasserdienstes wird deshalb unterbleiben. Saarbrücken meldet ein flühliches Fallen der Saar um 4 Zentimeter.

**Gesam.** Die Feuerkatastrophe in der Gummifabrik Müller ein Brand der großen Schaden anrichtete. Die Flammen fanden in den großen Gummiorrären die Nahrung. In den Schmelzarbeiten beteiligten sich auch Feuerwehren aus Sachjen.

**Börsen.** Ein umfangreicher Sprengstoffdiebstahl wurde im Dynamitlager des Rheinbruchs der Internationales Maximilianshütte am Deppeler Berg verübt. Die noch unbekannt Täter brachen drei Türen zum Sprengstofflager auf und stahlen etwa 50 Kilogramm Ammonit. Die Suche nach den Tätern ist im Gange. Man vermutet, daß der Sprengstoff zu politischen Zwecken gestohlen worden ist.

**Deutsches R.** In der Grenzgemeinde Hesterlein bei Neudorf kam der 28 Jahre alte schweizerische Arbeiter Kurt R. bei einem Brand seines Hauses in den Flammen um. R. war als Schmelzger bekannt und konnte nachgewiesen werden, daß er zwei Stück Rindfleisch heimlich über die Grenze gebracht hatte. Von Grenzbeamten waren die Spuren in dem frisch gefallenen Schnee deutlich festzustellen. Die Beamten, die nach dem Grundbesitz R. führten. Die Beamten positionierten sich mit einem Gewehrman vor das Rindfleischhaus. Dieses ging plötzlich, von R. selbst angezündet, in Flammen auf, in denen R. selbst umkam. Aus dem Stall, der sich im Erdgeschoß des Hauses befand, konnten die Beamten, fünf Stück Rindfleisch retten, darunter die zwei geschmuggelten Tiere. Der Feuerwehrel gelang es, das Feuer auf seinen Feind zu beschränken und die Scheune zu retten. R. hatte das kleine Gut ganz allein bewohnt und bewirtschaftet.

**Endfussen.** Selbstmord eines Kriminalkommissars. Der seit drei Jahren das Grenzkommissariat in Endfussen leitende Kriminalkommissar Dr. G. G. G. erschoss sich. Dr. G. G. G. hatte sich außer einer schweren

Verletzung im Kriege ein Verwundeten ausgezogen. Er hat seinen Leben wahrscheinlich in einem Zustand nervöser Ueberregung ein Ende gemacht.

## Massenflug über den Ozean.

Das italienische Geschwader nach Brasilien gestartet.

Rom, 7. Januar.

Das italienische Ozeanfluggeschwader ist in der heutigen Vollmondnacht unter Führung des Generals Balbo in Bolama (Portugiesisch-Guinea) um 1.10 Uhr östlicher Zeit (3.10 Uhr MEZ.) zu seinem Flug nach Port Natal (Brasilien) gestartet.

Für die Strecke von rund 3000 Kilometern sind etwa 18 Flugstunden vorgezogen. Demnach würden die Flieger am Dienstag gegen 21 Uhr am Ziele sein. Der Aktionsradius der Wasserflugzeuge beträgt etwa 3500 Kilometer, rund 500 Kilometer mehr als die normale Flugstrecke, die über die Fernando Noronha-Inseln führt.

## Der italienische Südamerikaflug geht

Rom, 7. Januar.

Die ersten zehn Flugzeuge des zwölf Maschinen umfassenden italienischen Geschwaders, die gestern nachmittags 5 Uhr östlicher Zeit über den Inseln Fernando de Noronha gestartet wurden, sind 18.10 Uhr an der südamerikanischen Küste bei Port Natal eingetroffen. Der Atlantische Ozean wurde damit auf einer Strecke von 3000 Kilometern in sieben Stunden überflogen. Die zum Empfang ihrer Landsleute zugereisten zahlreichen Italiener haben den Fliegern einen begeisterten Empfang bereitet.

## O-Zug Berlin-Beuthen verläßt

Berlin, 7. Januar. Der Schnellzug D. 31 a Berlin-Beuthen (Oberhieschen) ist dem Verlenonzug 228 Beuthen-Gleisweg-Berlin, der das Hallejahn überfahren hatte und über Distanz stand, kurz hinter Gleisweg in die Flanke gefahren. 15 Personen sind leicht verletzt, der heizer des Verlenonzugs schwer. Die Lokomotive des D.-Zuges ist unangelegt und schwer beschädigt.

## Banker begehrt Selbstmordverbot

Berlin, 7. Januar. Ein Selbstmordversuch unter dem Bankier Fritz Steinfeld, der Mitinhaber des Bankgeschäfts R. u. F. Steinfeld in einem Waffengeschäft in der Französischen Straße in Berlin. Der Bankier kaufte sich dort eine Pistole und schoß sich sofort eine Kugel in den Kopf, die die Sehnen beider Augen verletzte. Schwerverletzt wurde Steinfeld in die Universitätsklinik eingeliefert. Der Anlaß zu dem Selbstmordverbot ist noch ungeklärt.

## Urteil gegen Dueserberg

Halle, 7. Januar. Die Strafkammer verhandelte erneut gegen den zweiten Vorsitzenden des Stahlwerks, Oberleutnant a. D. Dueserberg, wegen Beleidigung des früheren preussischen Innenministers Gesehnt und des Regierendespräsidenten von Sarnack in Merseburg bei einer Rede für das Volksgeheimnis. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das frühere Urteil der Strafkammer, das am 150 RM lautete, hatte das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen, die jedoch in ihrer jetzigen Entscheidung das erste Urteil aufrechterhielt. In der Begründung des Urteils wurde betont, daß der Angeklagte in begründeter Erregung gehandelt habe.

## Treviranus über Zinsenlenkung

Königsberg, 7. Januar. Aus vor der Absicht des Sonderzuges mit Reichsantrag Prüfung hatte ein Reichsminister Gelegenheit, Reichsminister Treviranus nach der Möglichkeit einer Zinsenlenkung für Umwidlungshypothesen zu fragen. Der Minister erklärte, bei allen Umwidlungshypothesen aus den Jahren 1928 und 1929 liege eine Senkung um 5 v. H. vorzuziehen, während die bis bei erschlossenen Hypothesen grundsätzlich nicht ermöglichen ließe. Zu der Frage nach der Möglichkeit einer allgemeinen Zinsenlenkung wie der Minister auf die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme gegenüber den ostpreussischen Städten hin, da ja doch auf Grund der allgemeinen Steuern die Reichsüberweisungen an die Städte erfolgen.

## 12 Tote durch Wirbelsturm

Newport, 7. Januar. Nach den letzten Meldungen sind bei dem Wirbelsturm im nordamerikanischen Staat Nordcarolina bisher 12 Menschen ums Leben gekommen und 130 verletzt worden. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Dollar.

## Alms Johnsons Flugzeug schwer beschädigt.

Die Fliegerin im Auto in Warschau eingetroffen.

Warschau, 7. Januar.

Infolge stark angewandter Wege ist das Auto, welches die englische Fliegerin Alms Johnson von dem Ort ihrer Notlandung nach Warschau bringen sollte, erst am nächsten Tage hier eingetroffen. Die Fliegerin erlitt sich besser Gesundheit und befindet sich zu Fuß in der englischen Botschaft.

Am Ort der Notlandung traf ein Mechaniker des ersten polnischen Fliegerregiments ein, der die Reparatur des Apparates vornehmen soll. Bei der Notlandung ist, wie nunmehr festgestellt wurde, auch der Propeller gebrochen, der durch einen neuen ersetzt werden muß. Das Flugzeug hat nur geringe Beschädigungen davongetragen. Von schiffmännlicher Seite wird der Fliegerin in Warschau, den Weiterflug so lange zu verschieben, bis günstige Wetterverhältnisse, besonders über Russland, wo augenblicklich sehr starke Fröste und teilweise Nebel herrschen, eintreten werden. Wie im letzten Augenblick verlautet, soll auch ein Flügel stark beschädigt worden sein, so daß die Reparatur erst in Warschau vorgenommen werden kann, wobei das Flugzeug wird überführt werden müssen. Der Weiterflug der Fliegerin dürfte daher erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

## Schwerer Wirbelsturm über den Philippinen.

130 Todesopfer. — Zahlreiche Schiffe gesunken.

Newport, 7. Januar.

Der schwere Wirbelsturm, der die Philippinen heimlich, hat nach den letzten Meldungen 130 Todesopfer in den Gewässern der Inseln Cebu und Iloilo gefordert, wo 30 Zerstörer kenterten. Sämtliche Inseln erkranken.

Am Hofen von Cebu sanken drei Dampfer, ein Motorschiff und zwei Barkassen. Fünf größere Schiffe sind gestrandet. Auf der Insel Lepo hat der Wirbelsturm die gesamte Kolosseure vernichtet und schweren Sachschaden angerichtet.

## Kleine Chronik.

Einbruch in ein Kino wegen des Remarque-Films. Die Polizei hat einen Einbruchverleth in das Schwabenkino in Wien festgestellt, in dem der Remarque-Film öffentlich aufgeführt werden soll. Im Kino selbst sind auf einer Leuchterspannung im Orchester Brandfäden und Löcher festgestellt worden. Die beiden bei dem Einbruchverleth verhafteten jungen Leute haben erklärt, es habe sich bloß um eine Demonstration gegen den Remarque-Film gehandelt. Sie hätten wohl gewußt, daß diese Leuchterpannung imprägniert und daher unverbrennbar sei. Im Verdacht der verurteilten Brandstiftung sind noch zwei junge Leute festgenommen worden.

Norwegischer Dampfer untergegangen. Der norwegische Dampfer „Tricolour“ (6000 Tonnen) ist kurz nach dem Verlassen des Hafens von Colombo infolge einer Explosion gesunken. Der Kapitän, der Funter und zwei Matrosen wurden getötet. Von den zwölf Passagieren wird einer nermist. Die Ueberlebenden sind von dem Dampfer „Porthos“ an Bord genommen worden.

Dänemark im Schnee. Ueber Dänemark gehen große Schneemassen nieder, die zu starken Störungen aller Drahtverbindungen führten. Alle direkten Leitungen zwischen Kopenhagen und Jütland sind unterbrochen. Auf der Insel Seeland liegen zahlreiche Kraftanlagen im Schnee fest. Alle Züge kommen mit großen Verzögerungen an.

Ueberflutungen in Holland und Belgien. Der Rhein, sein Nebenfluß Maas und die Maas sind stark gestiegen und haben weite Sandtreten überflutet. Viele Dörfer sind gefährdet. Die Maas ist innerhalb 24 Stunden um 32 Zentimeter gestiegen. — Bei Amur, der Uittich und in einigen benachbarten Orten ist die Maas über die Ufer getreten. In Uittich stehen alle Reis unter Wasser.

Noch keine Nachrichten von den elf vermissten Touristen. Ueber das Schicksal der in den Alpen vermissten elf französischen Touristen, von denen sechs an der französisch-italienischen Grenze von einer Schneelawine verschüttet wurden, vier von einem Ausstieg in der Nähe von Grenoble nicht zurückkehrten und einer unweit Briancon abgestürzt liegt, liegen immer noch keine Nachrichten vor. Den Rettungsmannschaften ist es lediglich gelang, bis an die Unfallstelle der sechs verschütteten Opfer vorzudringen. Wegen der ungeheuren Schneemassen rechnet man nicht damit, vor den nächsten Tagen die Freilegung der Opfer bewerkstelligen zu können.

53 Fischer auf einer Eischolle abgetrieben. Im Rappahannock Meer wurden 53 Fischer auf einer Eischolle fortgetrieben. Mehrere Milliarbeiter der russischen Flotte sind angelandet worden. Die Fischer zu retten. Bis jetzt sind sieben Fischer getötet worden.



Hoch am Sarge Joffres.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoelch, verläßt das Hospital St. Jean de Dieu, wo er am Sarge Marischall Joffres weilte.

## Arbeitsmarktlage im Bezirke des Arbeitsamts Halle.

Die Zahl der Unterfertigten stieg in der Berichtzeit von 20434 um 2184 = 10,7%, auf 22618, die der Arbeitslosen von 34158 um 2934 = 8,6%, auf 37092. In den städtischen Bezirken war die Steigerung wesentlich geringer als in den ländlichen Kreisen; die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen betrug in Halle-Stadt + 3,2%, Merseburg-Stadt + 6,9%, Saalkreis + 16%, Merseburg-Land + 7,9%, Curierut + 20%, Saalkreis + 21%. Die Einstellung der privaten Bauwirtschaft in den ländlichen Bezirken, die größtenteils burdageführte Beendigung der Zukerskampagne und die restlose Erzielung der landwirtschaftlichen Aufgaben haben zu den oben angegebenen Steigerungen beigetragen. In den städtischen und industriellen Bezirken wirkt sich die Einrichtung der Winterbauprogramme für Wohn- und Straßenbau zur Zeit noch arbeitsmarktentlastend aus.

Die weiblichen Berufs waren an der Erfindung der Zahl der Arbeitsuchenden in gleicher Weise beteiligt wie die männlichen; auch hier blieb die Steigerung in den Städten wesentlich hinter der des Landes zurück.

Für die städtischen Arbeitsuchenden brachte das Weihnachtsfest und zum Teil Silvester eine merkliche Arbeitsmarktlage, die allerdings gegenüber früheren Jahren später einsetzte, als bei den ländlichen, und sich nicht in demselben Ausmaße vollzog. Der größeren Vorteil der weihnachtlichen Entlassung des Arbeitsmarktes hatten die weiblichen Berufsarten. Besonders geschäftig waren Friseurinnen und Friseurinnen, sowie Schneiderinnen. Der Handel hatte hinsichtlich des Bedarfs an Bedienungspersonen, Gut beschaffen, was die Schiffsabfertigung und der Nahrungsmitteleinzelhandel.

Unverändert ungünstig blieb trotz einiger Neueinstellungen die Lage in der Metallindustrie und im Bergbau. Ein großer Teil der Braumarbeiter konnte von der Produktion entgegen früheren Jahren nicht übernommen werden. Die milde Witterung hat die Abfrage an Hausbrandstoffen weiter verringert, während die Industrieabfrage durch die Beendigung der Zukerskampagne sprunghaft nach unten abgielnt.

# Gruß an Oberschlesien.

Nationale Kraft durch Einigkeit.

Streitig, 6. Januar

Zu dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf in Oberschlesien persönlich die „Oberschlesische Volksstimme“ einen Gruß des Ranglers an Oberschlesien, in dem es u. a. heißt: „Unsere ganze deutsche Vergangenheit lehrt uns, daß unsere nationale Kraft in der Einigkeit liegt. Nur in hartem Zusammenhalten können wir aller Gefahren Herr werden, die uns von innen und außen drohen. Nach Oberschlesien führt mich der Gedanke zu einem Zeitpunkt, der als die entscheidende Wiederkehr des Abstimmungslandes ein Denkmal ist für freie deutsche Meinung und ihre Stärke und Widerstandskraft gerade in schwerer Zeit. Die zehn Jahre, die seit der Volksabstimmung verstrichen sind, haben mit der allgemeinen auf Deutschland liegenden Not auch für Oberschlesien keine Erleichterung, sondern sogar noch weitere Belastungen gebracht. Mit Stolz blickt deshalb das deutsche Volk auf diesen Landesteil, der sich trotz seiner Zerrüttung und seiner wirtschaftlichen Bedingnisse den ungebeugten Lebenswillen bewahrt hat. Mit dazu beizutragen, diesen Lebenswillen zu stärken und ihn vertrauensvoll auf die Zukunft zu richten, gilt mir als besonders wichtige Aufgabe.“

## In Lauenburg

Lauenburg i. Pom., 6. Januar.

Reichsminister Dr. Brüning und Reichsminister Treusmann trafen in Lauenburg ein. In Begleitung der beiden Minister befanden sich der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, Generalleutnant Schindt und aus Stettin sowie zahlreiche Ministerialbeamte und Vertreter der preussischen Regierung sowie des Oberpräsidiums. Nach einigen einleitenden Ausführungen des Oberpräsidenten, der ein Gelambild der pommerischen Not entwarf, ergriß zunächst Landrat Kreyman-Lauenburg das Wort zu einer Schilderung der Notlage, die durch die Grenzziehung im Osten hervorgerufen worden sei.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, von Fleming-Bach, wies auf die Dringlichkeit der Hilfe für die Landwirtschaft hin und übte an den bisherigen Methoden schärfste Kritik.

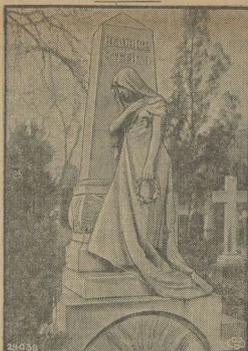
Syndikus Dr. Siemering und Syndikus Dr. Mengel-Stettin schilderten die Lage von Industrie und Handwerk in den Grenzgebieten, die ebenfalls im Zeichen der Not ständen.

Reichsminister Dr. Brüning dankte den Rednern für die ihm erteilten informativsten Beiträge, die ihm ein genaues Bild von der jüchbaren Not des deutschen Ostens vermittelt hätten. Seine Reise gelte der Feststellung der deutschen Not. Er wolle sich selbst überzeugen, wie die Bedürfnisse in Danzberg, Ostpreußen und überhaupt in der ganzen Ostmark lägen.

## Dr. Lutzer und die Ostreise.

Berlin, 6. Januar.

Reichsbankpräsident Dr. Lutzer, der bisher durch andere dringende Dienstgeschäfte zurückgehalten worden ist, wird am Dienstagabend Berlin verlassen, um sich der Ostreise des Reichsministers von Alvensleben an anzuschließen.



Die letzte Ruhestätte Heinrich von Stephan.

Unser Bild zeigt das Grab Heinrich von Stephan auf dem Dreifaltigkeitskirchhof in Berlin.

## Börse und Handel.

Berliner Produktenbörse.

An der Berliner Produktenbörse vom Dienstag konnte sich die Preisliste nicht behaupten. Der Kurs für Weizen ging um etwa 1 Pfennig zurück. Das Angebot für Roggen war ausreichen bei anhaltender Nachfrage der Mäcker. Am Weizenmarkt war die Lage sehr ruhig. Hafer hatte festige Tendenz. Das Angebot blieb knapp.

### Notierungen:

Weizen ab märk. Stos.	258—260	Weizenf.-Relasse	—
Roggen do.	156—159	Raps	—
Roggenrie do.	200—216	Leinöl	—
Hafer u. Indusf.	—	Stiftorserbisen	27,00—31,00
Gerte do.	188—194	Stiftorserbisen	19,00—21,00
Hafer do.	141—145	Wittenerbisen	—
Wais lotto Berlin	—	Belufolien	—
Wagge, 80g	—	Wittenerbisen	17,00—18,00
Waggenmehl p. 100	—	Wittenerbisen	18,00—21,00
Wais fr. Bln. br.	—	Lupinen, blaue	—
Wais inf. Bln. br.	—	Lupinen, gelbe	—
Wais inf. Bln. br.	29,75—37,20	Serrahelle, neue	9,20—9,70
Waggenmehl p. 100	—	Wittenerbisen, 38%	15,00—15,40
Wais fr. Bln. br.	—	Wittenerbisen, 37%	—
Wais inf. Bln. br.	26,65—26,75	Erdnüssen	5,60—5,90
Waggenmehl fr. Bln.	9,75—10,00	Erdnüssen	12,50—13,00
Waggenmehl fr. Bln.	8,75—9,20	Wittenerbisen	—

### Ankündig. Berliner Schlachthausmarkt.

Auktions: 1260 Rinder (davon 208 Schafe, 846 Bullen, 717 Kühe und Färsen), 1530 Rinder, 3380 Schafe, 11078 Schweine, 1302 Zusatzschweine — Freilieg für einen Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

Schaf:	6. 1.	2. 1.
1. vollf., ausgemästete, höchsten Schlachtwerts	—	—
2. mittlere	57—59	57—59
3. geringere	53—55	53—55
4. 2. höchste vollfleischige	61—59	50—52

4. gering genährte	46—49	46—49
Bullen:	—	—
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	52—55	52—55
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	50—52	50—52
3. fleischige	40—50	40—50
4. gering genährte	46—48	45—48

Kühe:	—	—
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	40—45	40—46
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	32—38	32—38
3. fleischige	28—36	28—36
4. gering genährte	24—27	24—27

Färsen (Kälbinnen):	—	—
1. vollf., ausgemästete, höchsten Schlachtwerts	51—54	51—54
2. vollfleischige	46—50	46—50
3. fleischige	40—45	40—45

Kälber:	—	—
1. mäßig genährtes Jungeoch	40—47	40—47
Kälber:	—	—
1. Doppellender beiter Mast	75—81	75—81
2. beste Mast- und Saugfäher	60—75	65—72
3. mittlere Mast- und Saugfäher	45—55	40—50
4. geringe Kälber	—	—

Schafe:	—	—
1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	—	—
2. Mastlämmer	62—63	61—63
3. mittlere Mastlämmer, ältere Mastlämmer	58—60	57—60
4. gut genährte Schafe	43—45	42—45
5. fleischiges Schafvieh	52—56	52—55
6. gering genährtes Schafvieh	35—41	35—40

Schweine:	—	—
1. Festschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	62—64	61—63
2. vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht	63—65	62—63
3. vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht	62—65	61—63
4. vollfleischige von 150—200 Pfd. Lebendgewicht	60—63	60—62
5. fleischige von 120—160 Pfd. Lebendgewicht	55—60	55—58
6. fleischige unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—	—
7. Sauen	58	58

Marktpreis: Rinder mittelmäßig, Kälber flott, Schweine ziemlich glatt, Schafe glatt.

Berliner amtliche Notierung für Kaufpreise. Drahtgitterpreis Roggenstroh (Quadratballen) 0,75—0,75, do. Weizenstroh 0,55 bis 0,65, do. Haferstroh 0,55—0,65, do. Gerstentroh 0,55—0,65, Roggen-Saugschrot (zwei mal mit Stroh gebündelt) 0,75—1, ein mal gebündelt 0,70—0,85, do. Weizenstroh 0,60—0,70, Hafer 1,45—1,50, Tendenz ruhig, handelsübliches Heu, gefund und trocken, nicht über 30% Belag mit minderwertigen Gräsern 1,30—1,70, gutes Heu, desgl. nicht über 10% Belag 1,80—2,20, längere, feine —, Tümmel, feine 2,25—2,15, Kleehen, feine 2,00—3,00, Weizenheu, rein lichte —, do. (Märkte) 1,80—1,80, do. (Hafen) 1,20 bis 1,50, Tendenz still. Drahtgitterpreis Heu 40 Pfd. über Stroh. Die Preise verließen sich als Erzeugerpreis ab mächtigen Stationen, frei Waggon, für 30 Kilogramm in Reichsmark.

Berliner Butterpreise vom 6. Januar. Amtliche Notierung ab Erzeugerfabrik, Frucht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 137, 2. Qualität 126, obaltende Sorten 110. Tendenz ruhig.

## Landwirtschaftliches.

Der Gemüsegarten im Januar. Soweit die Bodenbearbeitung, das Düngen, das Umhegen des Komposthaufens, das Säubern der Beete usw. noch im Rückstand sind, sind viele Arbeiten bei entsprechendem Wetter zu Ende zu führen. Alle zum Vorkeimen kommenden Wurzeln ausdauernder Kräuter wie Schachteln, Kräutchen, Wicken, Pfeffer und Quaden werden gesammelt und am besten verbrannt. Auf den Winterlat und den Spinat bringt man zuerst eine Lage von Heilig oder anderen groben Reisen und deckt dann darauf Stroh oder Strohhalm. Durch einige übergelegte Latzen und Bohnenstangen verhilft man ein Einfrieren dieser Beete durch den Wind. Es gibt eine Reihe von Gemüsen, die nur sicher und gut keimen, wenn sie in eine fehrer Kostant die volle Winterfeuchtigkeit genießen, so zum Beispiel Zwiebeln, Breitlauch (Porree), Erbsen und Möhren. Man ist sie deshalb, sobald der Boden offen und oberflächlich abgetrocknet ist. Es ist dafür zu sorgen, daß das Saatgut im Boden richtig angebrütet wird. Bewährte Sorten von Frühkartoffeln sind Halblange von Danies, Kaiser, Markt, Frankfurt, Preis, als Winterernte die Sodenburger und Reiches Lobbericher zu nennen. Von den Erbsen verdienen die Sorten, die Keifer erhalten müssen und mindestens 80 Zentimeter Höhe erreichen, den Vorzug. Als eine der besten Zwiebeln hat die Gelbe Zittauer empfohlen werden. Wichtig ist es, unter die Zwiebel- und Möhrenlatte eine unter den Porreelassen ein wenig Stroh oder Spinat zu tun. Die Erbsen gehen schnell auf, während Mören lange liegen, so daß sie gefährdet sind, von Unkraut unterdrückt zu werden. Der mit eingetragte Strohlat oder Spinat läßt die Reihen leicht erkennen, so daß rechtzeitig gegen das Unkraut gebahrt werden kann.



In manchen Gärten ist der flüssige Dünger zum größten Nachteil für den Besitzer immer noch so gut wie unbekannt. Man düngt im Herbst bzw. im Frühjahr und glaubt, damit genug getan zu haben. Will man aber den größtmöglichen Nutzen aus seinen Gemüsen ziehen, ist es mit dem einmaligen Düngung nicht genug. Jede Pflanze verlangt zu gewissen Wachstumszeiten neue Nahrung. Und das ist eben der flüssige Dünger an seinem Platz. Nur kann man gleichmäßig verteilen und zur rechten Zeit in rechter Stärke geben, was bei festen Düngern nicht immer der Fall ist. Nun wird man mir vielleicht entgegenhalten, daß es nicht für jeden Mann leicht ist, stets flüssigen Dünger zu gegebener Zeit zur Hand zu haben. Dem ist gesagt, daß auch der kleinste Schrebergärtner sich dieses wertvollen Material mit geringer Mühe beschaffen kann. Man verfähre folgendermaßen: In diesen Zweck dient eine Zeichnung, die man durch einen Zentimeter, wie nahe am Boden durch ein Rohr verbunden werden. In der einen Lonne, die den festen Dünger aufnehmen soll, wird der Rohreinflaß gegen Werkstopfen durch einen vorgelegten Holzstift geschlossen. In die Lonne fällt man nun Dünger von Festschlamm, Kompost, Stroh, Torf, Humus usw. und rührt diesen hinein, am besten Regenwasser. In diesen Zweck dient man die Lonne unter der Dachrinne aufstellen und etret die Rinne ab, wenn die Lonne gefüllt ist. Mit einem Stabe rührt man das Gemisch häufig um. Der flüssige Dünger wird nun durch die verbindende Röhre in die zweite Lonne fließen, woraus dann nach Bedarf geschöpft werden kann.

## Bekanntmachung.

Betrifft Abgabe von Holz an Minderbemittelte. Die Oberförsterei Ziegelroda hat dem Magistrat Brennbolz zur Verteilung an Minderbemittelte zu betriebsgelegenen Preisen zur Verfügung gestellt.

Diejenigen Minderbemittelten, die Holz durch Vermittlung des Magistrats beziehen wollen, werden aufgefordert, sich während der Dienststunden bis Sonnabend, den 10. d. Mts. im Magistratsbüro zu melden.

Nebra, den 7. Januar 1931.

Der Magistrat. Grübner.

**Schützenhaus**

Am Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr

## Abonnementskonzert

der Stadtkapelle Nebra  
mit auserwähltem Programm.

Anschließend **Tanzkränzchen**

Eintrittskarten sind auch an der  
Abendkasse noch erhältlich :-)

Um zahlreichen Besuch bitten

**C. Stein. R. Janda**

**Achtung! Voransig. Achtung!**

## Stadt-Bildspiele, Preußischer Hof

Sonntag, den 11. Januar 1931, abends 8 1/2 Uhr

Der größte deutsche Konfilm mit  
Emil Jannings, Martine Dietrich in

# Der blaue Engel

## Post- Sondernummer der WOCHE

Besorgen Sie sich für 50 Pfg.  
das Postheft der **WOCHE**

Für arbeitswilligen Jungen (15 1/2 Jahre alt) aus  
einfacher Familie fände

## Bäcker-Lehrstelle.

Ostf. Schulrath an  
Lehrer Ott, Berlin-Karlshorst,  
Dorotheenstr. 27.

Lesen Sie die neue interessante Zeitschrift

## WAHRE DETEKTIV

Geschichten

Alle 14 Tage ein Heft zum Preise von

### 25 Pfg.

Die „Wahren Detektiv Geschichten“  
bringen nur wahre, mit Originalphotos  
illustrierte Schilderungen  
spannender Detektivabenteuer

Zu beziehen durch:

den  
**Verlag des Nebrer Anzeiger**

## Drucksachen

liefert  
prompt  
und  
preiswert  
die

aller Art  
für alle Geschäftszwecke  
für jeden Privatbedarf  
in besten Ausführungen

## Buchdruckerei Wilh. Sauer

# Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 4 Donnerstag, den 8. Januar 1931. 44. Jahrgang

## Arbeit statt Stempelgeld.

Dietsch über die nächsten Aufgaben.

Stuttgart, 7. Januar.

Auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten sprach Reichsfinanzminister Dietsch über die Wirtschaftskrise, das Arbeitslosenproblem und die Reparationsfrage. Der Vortragsablauf, der leider oft von einem Teil der Bevölkerung lächerlich gemacht wurde, bringe einen gewissen Ausgleich für den Gehaltsabbau. Die größte Sorge sei die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die zunächst noch vermindert werde durch die Auseinanderberungen im Kohlenreichtum, die die Regierung aber zu befähigen hoffe. Auf 2,2 Milliarden Rm. würden die Ausgaben für die Arbeitslosen über die Wohlfahrtsunterstützungen geschätzt, 1,7 Milliarden Rm. betragen die Tributlasten über 2 Milliarden Rm. die inneren Kriegslasten Deutschlands.

Die Frage sei nun: können wir unter heutigem Wirtschaftskrisen in dieser Form erhalten? Der Redner behauptete diese Frage: Er lehne den Sozialismus grundsätzlich ab, sei aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des privatrechtlichen Systems nur möglich sei, wenn die Mängel, an denen es leide, ausgemerzt werden könnten.

Ein System, das nicht infandne wäre, mit der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, wäre dem Untergang verfallen.

Man dürfe sich daher einen Zweifel darüber hingeben, daß es die Lebensfrage sei, nicht durch Verkleinerung der Arbeitslosen zu unterliegen, sondern sie zu befähigen.

Für den Augenblick sei zu prüfen ob es einen Weg gebe, die Wirtschaft anzufachen. Der Redner meinte, daß wir für Millionen von Arbeitslosen über 2 Milliarden Rm. ausgeben (mit dem, was die Gemeinden zahlen, seien es nahezu 3 Milliarden), ohne einen Gegenwert zu bekommen, sei so ungeheuerlich, daß trotz aller Bedenken das Betreten neuer Wege gemacht werden dürfe.

Wenn wir zuerst in einem Monat eine Viertelmilliarde brauchen für die Arbeitslosen, so könnte es vielleicht nicht allen vermessen sein, wenn man verstände, mit dieser Summe entweder die entscheidenden Rohproduktionen anzukurbeln, oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen.

Er sehe darin keine Subventionen, wenn man in diesen Bereichen das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und zur Vermehrung der Produktion verwende, indem man für jeden Arbeitslosen eine entsprechende Summe ausgibt. Der Minister erklärte, er wisse, daß über diese Dinge der größte Sturm losgehen werde. Aber um 4 Millionen Menschen in Gefahr sein, in die Verarmung getrieben zu werden, seien positive Maßnahmen alles. Wir brauchen die Dinge nicht für die Ewigkeit zu machen, wir könnten sie einmal für ein Viertel- oder ein halbes Jahr probieren.

Man werde hier einwenden, alle Hoffnungen seien verloren, wenn die Reparationsfrage nicht gelöst werde.

Die Zahlung der Reparationen bedeute allerdings nicht nur einen Kapitalverlust für die deutsche Wirtschaft, in einer Menge, die genügen würde, die gesamte Wirtschaft Deutschlands anzukurbeln, sondern sie bedeute dadurch, daß wir das Kapital abgeben müßten, und durch den Verlust der Anleihevermögensmöglichkeit eine steigende Menge Arbeitsloser, die wiederum die deutsche Volkswirtschaft belaste.

„Ich kann heute nicht sagen, welche Schritte die Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenkt. Aber wenn wir diese Angelegenheit anfallen müssen, weil die Verhältnisse sich so entwickeln, daß ein anderer Weg der Erhaltung der deutschen Wirtschaft nicht mehr offen ist, werden wir sie auf dem Boden der bestehenden Verträge anpacken. Man wird uns nicht mehr vorwerfen können, daß wir unsere steuerliche Befreiung nicht hoch genug geschraubt haben.“

Der Redner ging dann auf die politische Verwahrlosung ein. Er wies darauf hin, daß ein Abgeordneter zugegeben habe, daß er kein Ehrenwort gebrochen und erklärt habe, er werde das in Zukunft unter Umständen aus politischen Gründen wieder tun. Er verwies darauf, daß die Nationalsozialisten im Reichstag die Dummen, die nicht alle werden, mit unerfüllbaren Anträgen belästigen.

Niejenigen, die heute an der Spitze des Reiches stehen, glauben an die Lebensfrage und die Zukunft des deutschen Volkes. Wir haben nicht die Pflicht, das Steuer des Staates aus der Hand zu geben. Wir wissen, daß es schwer ist, die Wege zu sehen und zu gehen, die ins Freie führen. Aber wir sind entschlossen, uns durch den ungeheuren Zerfall im deutschen Volk und manches geradezu unvorstellbare Gebaren den Blick für das praktisch Mögliche nicht trüben zu lassen und den Kampf ebensofort mit Ruhe wie mit Energie zu führen in dem Bewußtsein, daß die Gegenwart die geleistete Arbeit nicht anerkennt, daß es aber darauf ankommt, wie sie in der Zukunft sich auswirkt.

## Der Kanzler in der Grenzmark.

Die Verhandlungen in Königsberg

Rummelsburg, 7. Januar

Der Reichskanzler und die ihn auf der Ostreise begleitenden Herren begaben sich nach ihrer Ankunft in Rummelsburg nach dem Landratsamt, wo sie von Landrat

Prener begrüßt wurden. Am Anlauf hieran gaben Landrat Prener und Rummelsburger Weiser-Zuckers eine ausführliche Darstellung der Lage des Kreises Rummelsburg.

Reichsminister Treutmann betonte in seiner Antwort, daß die Reichsregierung durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Sommers und Herbstes an der Durchführung der Kreditation, für die sich die damals auf den ausländischen Märkten Möglichkeiten geboten hatten, verhindert worden sei. Aber auch jetzt sei man bemüht, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Man sei aber entschlossen, in der Frage der Senkung der Zinsen und Zinsen den Weg weiterzugehen, den man bereits beschritten habe. So würden die Zinsen für die Landwirtschaftshypotheken, mit denen die Personalrechte abgegolten würden, von 11 bis 14 Prozent auf 5 Prozent gesenkt.

Reichsminister Dr. Brüning unterrichtete die Ausführenden des Reichsministers Treutmann und betonte gleichzeitig, daß durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Jahres die Wirkung der Dillische verzögert worden sei.

Besonders gefährlich in einer derartigen Zeit der Not sei eine Danikfälligkeit, die unweigerlich den Staatskredit und damit wiederum gerade die für den Osten beabsichtigte Hilfe gefährden müßte.

## Die Aussprache in Schneidemühl.

Bald darauf erfolgte die Weiterfahrt nach Schneidemühl. Oberpräsident Dr. h. c. v. Bülow war dem Reichskanzler bereits am Vormittag entgegengefahren. Auf dem Bahnhof Schneidemühl hatte sich zur Begrüßung der Vizepräsident des Oberpräsidiums Gante eingefunden.

Am Oberpräsidium fand eine eingehende Aussprache mit den Spitzen der Behörden statt.

Landeshauptmann Dr. Capary verwies auf die besonderen Eigenschaften der Grenzmark.

Die einzelnen Wünsche und Forderungen der Grenzmark trugen sodann der Landwirtschaftsministerpräsident Weber, der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Pollert, Handelskammerpräsident Schulz, Ministerialrat Frankenhäuser, der Präsident des Landesvereins für Wirtschaftswissenschaften, Gantner, Gemeindefürsorgeleiter Zrumbach, Landrat Maibom, Oberbürgermeister Schröder und Reichstagsabgeordneter Wege.

Reichskanzler Brüning meinte in seiner Antwort auf die Schwierigkeiten der Regierung hin und fuhr dann fort: Die Unterhaltungen, die wir heute morgen hatten, haben uns gezeigt, daß trotz guten Willens auf allen Seiten es gerade für die östliche Landwirtschaft, aber auch für das östliche Gewerbe eine Reihe von Fehlerquellen gibt, die unbedingt beseitigt werden müssen.

Eines ist entscheidend auch für den Osten: Das ist der Mut zur Selbsthilfe. Ich habe die Pflicht, dieses Wort auszusprechen, und ich lege diese Selbsthilfe nicht nur in einer Verbindung gewerkschaftlicher Arbeit, in einer Vereinfachung vieler damit zusammenhängender Dinge, in einer Verminderung von Steuern, die wir in vielen Gruppen kennen, sondern in etwas anderem: Die einseitige Selbsthilfe ist die politische Selbsthilfe. Was es heißt, wenn im Osten sehr starke agitatorische Worte bei jeder Gelegenheit gebraucht werden und der Osten nicht die Kraft hat, im Reichstage es durchzuführen, das seien Abgeordneten die Mittel, die nötig sind zur Rettung des deutschen Volkes, aufbringen.

Mit Dankesworten für das treue Aussharen und dem Gelöbnis, die Grenzlande allezeit zu schützen, schloß der Kanzler.



wirtschaftskraft und eine entsprechende Umwandlung der Bevölkerung nach dem Reich gekennzeichnet. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer schilderte die Entwicklung Königsbergs und wies insbesondere auf die Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot hin. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Franke, führte drei Punkte als besonders wesentlich an: 1. Die Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft und Steigerung der Produktion der bäuerlichen Veredelungswirtschaft; 2. die Konzentrierung der Hilfsmittel auf eine generelle Zinsen- und Zinsentlastung; und 3. die Heranziehung der Selbstverwaltungen zur Dillische und zur Hebung der Wirtschaft. Des weiteren brachten ihre Wünsche vor der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dr. Franke, ferner der Landwirtschaftsministerpräsident Groß, der in der Befähigung von Arbeit für das östpreussische Handwerk die beste Hilfe für den Osten sieht.

Zum Schluß erklärte Reichsminister Treutmann, der eine Zweck dieser Reise sei die Vorbereitung eines Hilfsplanes, das für Jahre hinaus festgelegt werden soll. Sodann erklärte

## Reichskanzler Brüning

man möge nicht glauben, daß die Reichsregierung durch diese Reise über den Pfadfinden in den Ostgebieten unterrichtet werden müßte. Das sei in ordentlichem Maße schon seit Monaten, ja Jahren erfolgt. Wir wissen, daß eine gewisse Verroffung im Volke von Verabredungen jenseits der Grenze in den vergangenen Monaten in Ostpreußen eingetreten ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Grund für eine solche Verroffung nicht vorhanden ist, wenn wir gemeinsam — Reichs- und Staatsregierung — alle Kräfte daran legen, um zunächst einmal wirtschaftlich die ererbte Wunde im Osten zu schließen. Das andere kommt und muß kommen.

Wenn es gibt nur eine Gerechtigkeit.

Den Hoffnungen und Einschätzungen ist absolut klar, was ich damit gemeint habe. Wir haben manchmal den Eindruck, aus Stimmungen aus dem Lande, das für den Begriff der harten Taten gewisse experimentelle Einschläge liegen aber der Wirklichkeit nach ihnen, zunächst einmal alles zu zerlegen, um eine tabula rasa zu schaffen und dann alles von neuem wieder aufzubauen. Meine Herren, gegen diese Stimmung muß ich mich mit aller Schärfe wenden. Es gibt nur eines für uns, klar zu sehen, frei von Illusionen zu sein und uns auf die Lebensmöglichkeiten zurückzuführen, die uns zurzeit gegeben sind und mit dem Vorhandenen hausabzählen. Sie haben uns Worte der Kritik ausgeprochen. Sie haben Forderungen aufgestellt.

Ich begrüße das. Wir können Kritik sehr wohl vertragen. Aber um eines bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß die Ostpreußen ihren ganzen Einfluß, ihre ganze politische Macht frei von Extremen und Abenteurerlichen hält. Ich verweise auf die Person des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, der diese Reise mit warmem Herzen verfolgt. Er ist ein Mann von Pflichterfüllung auch in der schwersten Zeit und wenn es ihm am wenigsten genankt wird, Sie können versichert sein, daß Ostpreußen niemals vom Reiche ausgegeben wird.

## Deutschland und seine Gläubiger.

Stodholm, 6. Januar.

Unter der Ueberschrift „Deutschland läßt seine Gläubiger nicht im Stich“ — verliert den Mut nicht! bringt „Sveffla Dagbladet“ eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Luther. Dr. Luther erklärte dem Blatt folgende u. a.: Wenn man noch irgendwo an der Stabilität der deutschen Reichsmark gezweifelt habe, so muß die Kritik, die Deutschland jetzt überwinden hat, die Zweifel eines Besseren belehrt haben. Mit großem Nachdruck muß von deutscher Seite betont werden, daß zum Youngplan auch die Voraussetzungen gehören, die von den anderen erfüllt werden müssen. Deutschland kann keine Tributzahlungen nicht leisten, wenn es nicht ausreicht ausführen kann.

Es ist weiter unvorstellbar, daß die internationale Zunahme der Kaufkraft des Goldes nicht auf die Quote der Reparationszahlungen rückwirken sollte. Der leitende Gedanke des Damesplanes war, Deutschland nicht über den Erfüllungsermögen zu belasten. Dies muß natürlich auch für den Youngplan gelten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes beibehalten werden kann.

Die veränderten Verhältnisse, die sich aus der Zunahme des Goldwertes ergeben, müssen dem Vorwärtsstrebenden neue Möglichkeiten öffnen. Je deutlicher Deutschland seine Unterdrückung unter dem Youngplan als bindend anerkennt, mit um so größerer Kraft kann das Land von der überigen Welt abheben. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß die wirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung die Verringerung solcher Punkte herbeiführt, die unmöglich beibehalten werden können.

## Niedriger hängen!

Paris, 6. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Journal“ fest die sogenannten „Entfüllungen“ über die „gehobenen Vorbereitungen“ Deutschlands fort.